



E-PAPER

ABO

ABMELDEN

POLITIK

Juristin: Christliche Werte gut für den Rechtsstaat

21.10.2022



Die Juristin Gesine Berthold. Screenshot: YouTube/EAK Ludwigsburg

Gerlingen (IDEA) – Das Grundgesetz und der Rechtsstaat in Deutschland haben sich in der Vergangenheit bewährt. Es liegt jedoch an den Christen, sich dafür einzusetzen, dass der „Wertekompass“, der beiden zugrunde liegt, erhalten bleibt. Diese Ansicht vertritt die Juristin Gesine Berthold am 19. Oktober in Gerlingen (bei Stuttgart) bei einem Vortragsabend des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU im Landkreis Ludwigsburg.

Christliche Werte seien von den Vätern und Müttern des Grundgesetzes übernommen worden, weil sie eine gute Grundlage für eine Rechtsordnung böten. Dennoch bestehe keine Garantie dafür, dass sich der weltanschaulich neutrale Staat auch zukünftig an christlichen Werten orientiere. Denn der Wertewandel in der Gesellschaft schlage auch auf das Recht durch. Das habe sich bereits mehrfach gezeigt – unter anderem an der Beurteilung des assistierten Suizids.

Deshalb sei es so wichtig, dass sich Christen dafür einsetzen, dass das christliche Menschenbild und die daraus abgeleitete Menschenwürde weiterhin respektiert würden. Christen könnten den Staat auch heute noch gestalten – allerdings nicht mehr wie früher „durch die Macht der Kirchen, sondern durch engagierte Debatten und überzeugende Argumente“.

Wätjen: Christen können immer noch viel durchsetzen

Der Vorsitzende des EAK Ludwigsburg, Jens Wätjen (Korntal), vertrat die Ansicht, dass es Christen auch heute noch gelingen könne, sich erfolgreich gegen Einschränkungen ihrer Religionsfreiheit zu wehren. Als Beispiel nannte er die Debatte um **Bibelverse** in S-Bahnen in der Region Stuttgart, die im Januar 2021 von der Fraktion „Die Linke/Pirat“ in der Stuttgarter Regionalversammlung eröffnet worden sei. Die Fraktion hatte damals erfolglos ein entsprechendes Verbot einer Werbekampagne der Süddeutschen Plakatmission in den Stuttgarter S-Bahnen gefordert.

Die beiden Kreisverbände des EAK in Ludwigsburg und Stuttgart, die gemeinsame Fraktion der CDU und der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) im Regionalparlament sowie die württembergische Landeskirche hatten diesen Vorstoß damals zurückgewiesen.

Mehr Unterstützung von den Kirchen wäre hilfreich

Wätjen beklagte zugleich die bisweilen fehlende Unterstützung der Kirchen für den Einsatz christlicher Politiker. Die EKD sei in dieser Hinsicht nicht immer hilfreich. Das habe sich zum Beispiel daran gezeigt, dass der Präsident der Diakonie Deutschland, Ulrich Lilie (Berlin), dafür plädiert habe, einen **assistierten Suizid** auch in kirchlich-diakonischen Einrichtungen zu ermöglichen. „In diesem Punkt ist mir die **römisch-katholische** Kirche oft näher als die evangelische.“

Es sei dabei keineswegs selbstverständlich, dass die Grundregeln des Zusammenlebens in Deutschland auch in Zukunft noch vom christlichen Menschenbild geprägt sein würden. Grundsätzlich komme es deshalb immer darauf an, dass Christen ihren Glauben leben, unabhängig davon ob gerade der römische Kaiser oder der deutsche Bundeskanzler regiere.

Der EAK Ludwigsburg hat rund 900 Mitglieder.

ÄHNLICHE ARTIKEL _



Lieberknecht: Wie die Politik mit dem Thema „Lebensrecht“ umgeht



Arbeitsminister Heil: Wer auf Gott vertraut, findet Zuversicht



Kontroverse um gekündigten Domkantor geht weiter

IDEA+

MEISTGELESEN _

1 Schuler kündigt fristlos bei BILD

IDEA+

2 Ende des Expertenkreises Politischer Islamismus ist „fatal“

IDEA+

Wie ein christlicher Buchautor mit seiner Angststörung umgeht



© 2022 IDEA E.V. EVANGELISCHE NACHRICHTENAGENTUR
· +49 6441-915-0 · IDEA@IDEA.DE

[COOKIE EINSTELLUNGEN](#)

Sie sind nun als '4017411' angemeldet